

Erscheint täglich nachmittags 2 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen. Monatlicher Bezugspreis: Für Abholer 4,50 Litās, mit Zustellung 5.— Litās. Bei den Postanstalten: Im Memelgebiet und im übrigen Litauen 5,30 Litās monatlich, 15,30 Litās vierteljährlich. In Deutschland 2,42 Mark, mit Zustellung 2,78 Mark monatlich. Für durch Streifen, nicht geschlossene Briefe, Verbote usw. ausgefallene Nummern kann eine Kürzung des Bezugsgebühres nicht eintreten. Für Aufbewahrung und Rücksendung unverlangt eingehender Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen. Sprechstunden der Geschäftsleitung: vormittags 11 bis 12 Uhr außer Montag und Sonnabend. Die Geschäftsstelle ist geöffnet: an Wochentagen von 7 1/2 Uhr morgens bis 6 1/2 Uhr, Sonnabends 6 Uhr abends. Fernsprech-Sammelnummer 4544; nach 6 Uhr abds.: Geschäftsleitung 4544, Hausmeister 4545, Verlag 4546. Drahtanschrift: Dampfboteverlag.



Anzeigen kosten für den Raum der mm-Spalzettel im Memelgebiet und in Litauen 18 Cent, in Deutschland 9 Pfennig; Nekamen im Memelgebiet und in Litauen 1,10 Litās, in Deutschland 55 Pfennig. Bei Erfüllung von Voraussetzungen 50 % Aufschlag. Eine Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze kann nicht übernommen werden. Gewährter Rabatt kann im Kontrahatsfall, bei Einziehung des Rechnungsbetrages auf gerichtlichem Wege und außerdem dann zurückgezogen werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Gerichtsstand u. Erfüllungsort ist Memel. Anzeigenannahme: für kleine Anzeigen bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, für alle Geschäftsanzeigen mindestens 24 Stunden früher. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen wird nicht gewährleistet. Anzeigenannahme durch Fernsprecher ohne Gewähr für die Richtigkeit. Beleg-Nummern kosten 30 Cent.

Memeler Dampfboot

Führende Tageszeitung des Memelgebietes und des übrigen Litauens

Nummer 259

Memel, Sonnabend, den 5. November 1938

90. Jahrgang

Stellungnahme zum Wiener Schiedsspruch

Zustimmung in der Londoner Presse — „Frankreich aus Mitteleuropa verdrängt...“

London, 3. November (Gsta). Der überwiegende Teil der Blätter begrüßt den Beschluß des Unterhauses, das englisch-italienische Abkommen in Kraft setzen zu lassen. Der diplomatische Korrespondent der „Times“ meint: Das erste sei jetzt, daß der britische Botschafter ein neues Beglaubigungsschreiben als Votumschreiber beim König von Italien und Kaiser von Äthiopien überreichen werde. Anschließend werde er gemeinsam mit Graf Ciano eine Erklärung unterzeichnen, daß das Abkommen in Kraft getreten sei. Diese Formalitäten würden wahrscheinlich Mitte November bereits erledigt sein.

Im Leitartikel weist die „Times“ u. a. darauf hin, daß Chamberlain seinerzeit zu verstehen gegeben habe, daß seiner Meinung nach der entscheidende Punkt zur Regelung der spanischen Frage gekommen sein würde, wenn diese Frage aufgehört hätte, eine Bedrohung des europäischen Friedens zu bedeuten. Die britische Regierung sei nunmehr zu dem Schluß gekommen, daß dieser Augenblick jetzt da sei. Die gestrige Debatte habe gezeigt, daß sich auch das Unterhaus dieser Ansicht angeschlossen habe.

Die „Times“ stellt dann schließlich fest, daß das Kapitel „Spanien“ nur ein kleiner Teil des englisch-italienischen Abkommens sei. Dieses Abkommen werde, wenn es erst in Kraft sei, der Diplomatie beider Länder die Möglichkeit geben, kleine, aber häßliche Differenzen in verschiedenen Teilen Arabiens und Afrikas zu beheben. Außerdem eröffne es die Aussicht auf engere Zusammenarbeit in allen kolonialen Sphären. Die „Times“ führt dann im einzelnen die Vorteile des englisch-italienischen Abkommens aus, um am Schluß ihrer Betrachtung besonders hervorzuheben, daß der Teil des Abkommens, der das Mittelmeer betrifft, von besonderer Bedeutung für die Dominien sei, für die das Mittelmeer eine große und unerlöschliche Verkehrsstraße bildet.

„Daily Telegraph“ nennt die Inkraftsetzung des Abkommens einen Friedensbeitrag. Chamberlain habe mit der Inkraftsetzung etwas getan, was der Zukunft sehr dienlich sein könne. „News Chronicle“ lehnt die Politik Chamberlains ab und macht sich die Stellungnahme Odens zu eigen.

„Daily Mail“ begrüßt die Inkraftsetzung des englisch-italienischen Abkommens und meint, daß nach mehr als zwei Jahren gefährlicher Einmischung zugunsten beider Parteien in Spanien jetzt wenigstens Aussicht für die Stilllegung des spanischen Krieges bestehe. Das sei etwas, was alle Vernünftigen begrüßen würden. Noch mehr aber werde man die Erfüllung eines Abkommens begrüßen, das, wie Unterstaatssekretär Butler gestern gesagt hat, dazu diene, eine neue Brücke zwischen Italien und England zu schlagen.

„Daily Express“ geht in seiner Zustimmung noch weiter, indem er erklärt, daß England selbst all die Unruhe mit Italien geschaffen habe. England habe den Sturm über die Invasion in Äthiopien entfacht und all das habe unter der Führung von Baldwin stattgefunden, soweit man das Führung nennen könne. Jetzt bringe Chamberlain etwas in Ordnung, was längst in Ordnung hätte sein sollen.

Paris, 4. November (Gsta). Die Regelung des ungarisch-tschecho-slowakischen Streitfalles durch den Schiedsspruch Deutschlands und Italiens wird von der Presse geteilt aufgenommen. Während z. B. der „Temps“ offen zugibt, daß diese Lösung nunmehr jede Gefahr von schweren Verwicklungen zwischen Budapest und Prag ausgeschaltet habe und die Lage in dem Geiste des Münchener Abkommens geklärt sei, verheißt der „Paris Soir“ nicht sein Mißvergnügen und meint, daß Frankreich aus Mitteleuropa verdrängt sei. Nach weniger als zwanzig Jahren seit Versailles bildeten Deutschland und Italien die Karte Europas um. Die Achse Rom-Berlin werde immer mehr das Rückgrat Mitteleuropas werden, auf die alles ausgerichtet sei.

Empfang in Budapest

Budapest, 4. November (Gsta). Die ungarische Abordnung unter Führung des Außenministers v. Kánya und des Kultusministers Graf Teleki, die an der Wiener Schiedskonferenz teilgenommen hat, ist gestern nachmittag hier eingetroffen. Auch der deutsche Gesandte v. Erdmannsdorf und der italienische Gesandte Graf Vinci, die die ungarische Delegation auf ihrer Wiener Reise begleitet hatten, sind mit demselben Zuge zurückgekehrt.

Zum Empfang hatten sich das gesamte Kabinett mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze eingefunden sowie die Geschäftsträger der deutschen und der italienischen Gesandtschaft. Am dem geschmückten Platz vor dem Bahnhof, auf dem zahlreiche Abordnungen Aufstellung genommen hatten, wurden die

heimkehrenden Delegationsmitglieder herzlich begrüßt.

Am Nachmittag fand ein Ministerrat statt, in dem Außenminister v. Kánya und Kultusminister Graf Teleki über den Verlauf der Wiener Verhandlungen und über Einzelheiten des Schiedsspruches Bericht erstatteten. Anschließend daran wurden in dem Ministerrat finanzielle, verwaltungstechnische und militärische Aufgaben erörtert. Ferner stand auf der Tagesordnung des Ministerrates der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes, der dem für Mitte nächster Woche einzuberufenden Parlament vorgelegt werden soll.

„Sehr grausam und schmerzhaft...“

Prag, 4. November. (Gsta.) Im Prager Rundfunk ist gestern zu dem Wiener Schiedsspruch u. a. erklärt worden: „Die Wiener Entscheidung ist für uns sehr grausam und schmerzhaft, aber auch dieser Schlag wird unseren Willen nicht brechen. Die Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainer sind entschlossen, einen neuen lebenskräftigen Staat aufzubauen. Nach Verkündung des Schiedsspruches

gaben der slowakische Ministerpräsident Graf Tiso und der Ministerpräsident der Karpato-Ukraine, Monsignore Woloschin, ihrem festen Willen und ihrer Entschlossenheit Ausdruck, in gemeinsamer Arbeit und in dem Kampf um eine würdige Zukunft der Nation fortzufahren.

„Brag wird sich der Achse Rom-Berlin zuneigen...“

Rom, 4. November. (United Press). In seiner letzten Ausgabe veröffentlicht das „Giornale d'Italia“ eine Unterredung Gasdas mit dem tschechoslowakischen Außenminister Schwallowitzky, in der dieser erklärte: „Die Außenpolitik der neuen Tschecho-Slowakei wird sich ganz entschieden der Achse Rom-Berlin zuneigen. Es wird das Bestreben herrschen, die stärksten Bande der Freundschaft und Zusammenarbeit mit Italien zu schaffen. Ich habe den Ehrgeiz, dem Beispiel Jugoslawiens zu folgen und die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Tschecho-Slowakei und Italien auf denselben Stand der Festigkeit und Herzlichkeit zu bringen, der die italienisch-jugoslawischen Beziehungen kennzeichnet.“ Schwallowitzky versicherte weiter, daß die Innenpolitik seines Landes in Zukunft vom Grundgedanken des „Föderalismus der drei Autonomen“ geleitet werden würde. „Der Kommunismus und alle seine Verzweigungen werden mit Entschlossenheit ausgeschaltet werden.“

Feuergeschehen an der englischen Küste

Zwischen spanischem Hilfskreuzer und rotspanischem Dampfer

London, 4. November (United Press). Bei der Admiralität ist ein Funkpruch des englischen Dampfers „Montwood“ eingetroffen, der besagte, daß in unmittelbarer Nähe der englischen Küste, 10 Meilen von dem Leuchtturm in Cromer (Norfolk) entfernt, ein spanischer Hilfskreuzer auf den rotspanischen Dampfer „Cartagena“ Schüsse abgegeben habe. Die „Cartagena“ ist schwer beschädigt worden, sei in Brand geraten, nachdem die Beschädigung etwa eine Stunde gedauert hatte. Beide Schiffe hätten darauf Kurs auf Cromer genommen.

Berichte aus Cromer besagen, daß die Bewohner des Dries den Geschicksdonner vernahmen und durch Ferngläser beobachteten konnten, welche Verlauf die Beschädigung nahm. Zuletzt habe sich der Kreuzer in der Nähe des Dampfers befunden, von dem gewaltige Rauchwolken aufstiegen.

Cromer, 4. November (United Press). Ein Rettungsboot der Küstenwache, das ausgefahren war, um der Beschädigung der brennenden „Cartagena“ Hilfe zu leisten, brachte den Kapitän des Dampfers,

seine Frau und die beiden Kinder des Ehepaares an Land. Alle Mitglieder der Besatzung waren vorher von dem Dampfer „Patterjona“ aufgenommen worden. Wie die Rettungsstation mitteilte, sei die „Cartagena“ jetzt ein verlassenes Wrack, das auf dem Meer treibe. Der Hilfskreuzer, der bisher noch nicht identifiziert werden konnte, sei verschwunden.

London, 4. November (United Press). Die „Cartagena“ ist übrigens im Lloyd-Register nicht eingetragen. Man glaubt, daß es sich um die frühere „Cantabria“ bzw. „Alfonso Perez“, einen Dampfer von 5649 Tonnen handelt, der einst in Santander eingetragen war.

Wie von der Admiralität mitgeteilt wurde, lag für England kein Anlaß vor, in den Vorgang, der sich in der Nähe von Cromer auf hoher See abspielte, einzugreifen, da die Drei-Meilen-Zone nicht verletzt wurde.

Vier Araber-Forderungen an London

Beirut, 4. November (Gsta). Die in London eingetroffene interparlamentarische arabische Abordnung hat an den syrischen Kammerpräsidenten Phares Khouri ein Telegramm gefandt, in dem seine sofortige Abreise nach London verlangt wird. Die Reise ist daraufhin sofort auf nächsten Sonnabend festgesetzt worden. Wie in diesem Zusammenhang verlautet, wird die Delegation nach Eintreffen Khouris vom britischen Kolonialminister zwecks Aufnahme von Verhandlungen über die Palästina-Frage empfangen, wobei die Abordnung folgende Vorschläge unterbreiten wird: 1. Sofortige Beendigung der jüdischen Einwanderung; 2. Abschluß eines Vertrages zwischen England und Palästina auf der Basis des englisch-irakischen Vertrages; 3. Zusage der gleichen Rechte für alle Religionsgemeinschaften; 4. Bildung einer gemischten Palästina-Regierung in der die Juden entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil vertreten sind.

Auch das Oberhaus stimmt zu

London, 4. November. (Gsta.) Das Oberhaus billigte am Donnerstag nach einer Aussprache über den englisch-italienischen Pakt die Ratifizierung des Abkommens mit 55 gegen sechs Stimmen.

Zu Beginn der Aussprache empfahl Lord Halifax dem Hause die Ratifizierung des Paktes und erklärte u. a.: „Italien habe durch die Zurückziehung der 10.000 italienischen Freiwilligen einen großen Beitrag dazu geleistet, daß der spanische Konflikt heute keine Quelle mehr für einen internationalen Streit sei. Die britische Regierung werde die offizielle Anerkennung der italienischen Souveränität über Äthiopien sobald wie möglich durchzuführen. Das englisch-italienische Abkommen stelle nicht nur für Italien und England, sondern auch für die allgemeine Verbesserung der internationalen Beziehungen einen großen Vorteil dar.“

Halifax wandte sich schließlich gegen die Opposition und erklärte: Viele Leute zeigten ihre Sympathie für die allgemeine Sache des Friedens, schlugen aber die Hände vor Schrecken über dem Kopf zusammen, sobald man praktische und konstruktive Schritte tue. Diese Leute fielen immer wieder in ihre undurchführbaren Verallgemeinerungen zurück. Das aber nütze niemandem etwas. Lord Halifax schloß mit einem Aufruf an alle, in ihren Reden bei den Debatten über die internationale Lage zurückhaltend zu sein. Verleumdungen und Vereinnahmungen könne man nicht auf einen Nenner bringen.

„Keine Kriegsdienste für England“

Dublin, 4. November (Gsta). Präsident De Valera teilte im „Dail“ mit, daß irische Staatsbürger, die in England weilt, im Kriegsfall nicht verpflichtet seien, Kriegsdienste für England zu tun.



Die Karte zeigt die Gebiete, die die Tschecho-Slowakei an Ungarn hat abtreten müssen.

„Die memelländische Arbeit den Memelländern!“

Eine Entschliebung auf einer Versammlung der Gewerkschaftsvorstände, der Kartelldelegierten und der Betriebsausschüsse in Memel

Das Direktorium wird den Inhalt des Arbeitslojengesetzes durch eine Verordnung in Kraft setzen

Memel, 4. November.

Am Donnerstag abend fand in Memel im Gesellschaftshause in der Holzstraße eine Versammlung der Gewerkschaftsvorstände, der Kartelldelegierten und der Betriebsausschüsse statt. Zu der Versammlung waren auch Landesdirektor Surau und Landtagspräsident Montan sowie einige andere Gäste erschienen. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells Pannars, eröffnet, der erklärte, daß in dieser Sitzung die Frage behandelt werden soll, wie man die ortsansässigen Memelländer, die aus ihren Betrieben entlassen worden sind und keine Arbeit haben, wieder in die Betriebe und zur Arbeit bringt. Die Parole soll lauten: „Die memelländische Arbeit den Memelländern.“ Herr Pannars machte dann längere Ausführungen, die sinngemäß in der nachstehenden Resolution zusammengefaßt worden sind. Diese Resolution lautet wie folgt:

„Die am Donnerstag, dem 3. November 1938, versammelten Gewerkschaftsvorstände, Kartelldelegierten und Betriebsausschüsse erheben Protest dagegen, daß

die Entlassungen und Verdrängung der ortsansässigen Arbeiter Formen angenommen hat, welche auf die Dauer als unerträglich und unhaltbar bezeichnet werden müssen.

Es werden in den Betrieben, die litauische Inhaber und auch in den Betrieben, wo litauisches Kapital investiert ist, nur solche Arbeiter beschäftigt, die aus Großlitauen zugezogen sind, von Fabrikanten, Post und Eisenbahn ganz zu schweigen. Auch die Betriebe, die mit Rohmaterial aus Großlitauen versorgt werden, sind angehalten worden, aus Großlitauen zugezogene Arbeiter zu beschäftigen. Die litauischen Firmen werden bei Vergabe von Aufträgen bevorzugt. Es wird dafür gesorgt, daß die hiesigen Firmen keinen Auftrag erhalten, selbst wenn sie mit ihren Offerten auch 20% niedriger stehen.

Auf diese Weise werden die ortsansässigen Firmen und Arbeiter systematisch ausgeschaltet

Diese Entwicklung bedeutet für das Memelgebiet eine große Gefahr, deren Auswirkungen nicht zu übersehen sind. Auch in der letzten Zeit sind große Arbeiterentlassungen in den Schälffabriken sowie auf den Sägewerken vorgenommen worden. Zur Entlassung kamen die ortsansässigen Arbeiter, die bis dahin noch gebildet bzw. gebraucht wurden. Die ortsansässigen Arbeiter werden von den aus Großlitauen zugezogenen Arbeitern verdrängt und mit ihren Familien ihrem Schicksal überlassen.

Diesem Zustand muß ein Ende bereitet werden, bevor es zu einer Katastrophe kommt.

Es darf nicht zugelassen werden, daß die ortsansässigen Arbeiter aus den Betrieben entlassen und durch zugezogene Arbeiter aus Großlitauen ersetzt werden. Es kann doch nichts anderes geben, als daß die zugezogenen Arbeiter erst dann eingestellt werden, wenn die ortsansässigen Arbeiter restlos untergebracht sind. Die Versammelten sprechen die Bitte aus, daß die hierfür zuständigen Behörden diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende bereiten. Die ortsansässigen Arbeiter haben nichts verschuldet und wollen nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Sie verlangen weiter nichts, als Schutz gegen Verdrängung. Das Recht auf Arbeit muß dem ortsansässigen Arbeiter belassen werden. Die Versammelten beauftragen das Gewerkschaftskartell sowie die Berufsverbände, dafür Sorge zu tragen und alles daran zu setzen, daß die memelländische Arbeit den Memelländern übertragen wird. Sie heben ausdrücklich hervor, nicht eher zu ruhen, bis diese gerechten Forderungen erfüllt worden sind.

Zu der Debatte, die zeitweise ziemlich lebhaft war, nahm auch Landesdirektor Surau das Wort. Er erklärte, daß die Behörden sich bemüht hätten, den Arbeitern soviel wie möglich zu helfen. Am schwersten sind die memelländischen Arbeiter auf den Holzplätzen und in den litauischen Betrieben betroffen worden. Die Holzplätze erhielten Holz aus Großlitauen und Sowjetrußland und wurden gezwungen, in jedem Jahr immer mehr litauische Arbeiter einzustellen. Die Folge davon war, daß die Zahl der memelländischen Arbeitslosen in jedem Jahr stieg. Als die großen Entlassungen der Schälffabriken erfolgten, ist ihm, Landesdirektor Surau, gesagt worden, daß die Entlassungen wegen Arbeitsmangel erfolgen und daß auch litauische Arbeiter entlassen würden. Tatsächlich sind auch einige litauische Arbeiter entlassen worden, das war aber nur zum Schein. Man wollte die alten memelländischen Arbeiter aus dem Betrieb haben, um an ihre Stelle später litauische Arbeiter einstellen zu können. Das Direktorium und der Landtag haben sich immer bemüht, Mittel und Wege zu finden, um den ortsansässigen Arbeitern zu helfen. Zu diesem Zweck ist das Arbeitslojengesetz fünfmal vom Landtag verabschiedet worden. Durch die fortgesetzte Behandlung dieses Gesetzes haben das Direktorium und der Landtag

bewiesen, wie wichtig dieses Gesetz für die Regelung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und für die soziale Lage der Arbeiterschaft ist. Wenn dieses Gesetz durchgegangen wäre, würden die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt heute anders liegen und es würden nicht soviel memelländische Arbeiter arbeitslos sein.

Nachdem nun das Gesetz nicht durchgegangen ist, wird das Direktorium eine Verordnung schaffen, die im wesentlichen den Inhalt des Arbeitslojengesetzes haben wird

Diese Verordnung ist bereits fertig, sie liegt dem Verwaltungsgericht vor, das zu der Verordnung seine Genehmigung geben muß. Die Verordnung wird wohl noch in diesen Tagen dem Direktorium zurückgegeben und dann veröffentlicht werden.

Das Direktorium wird auf der Durchführung dieser Verordnung bestehen, auch wenn es zum Bruch kommen sollte

Landesdirektor Surau wies dann auf die Arbeiten hin, die Direktorium und Landtag im Interesse der Arbeiterschaft gemeinsam vollführt haben. Es sind u. a. geschaffen worden ein Gesetz für die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen bei Lohnstreitigkeiten, ein Betriebsarbeitsgesetz, ein Gesetz zur Regelung der Sozialversicherung, das bedeutende Vorteile gegenüber den früheren Bestimmungen für die Versicherten enthält, ein Gesetz über die Abschaffung der Nachtarbeit für Frauen, das Wohnungsverbauungsbestimmungen, zu dem die Ausführungsbestimmungen in den nächsten Tagen herauskommen werden und schließlich das Gesetz über den bezahlten Ruhetag am 1. Mai. Schon allein diese Aufzählung beweise, wie sehr sich Direktorium und Landtag um die Interessen der memelländischen Arbeiter bemüht haben.

Dann wurde die oben wiedergegebene Entschliebung einstimmig angenommen. Nachdem noch einige Redner über Arbeitsfragen gesprochen hatten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das Memelland und mit Sieg-Heil geschlossen.

Freuetkundgebung in Rastkischken

Am Abend des denkwürdigen 1. November fand auf dem Marktplatz in Rastkischken eine Freuetkundgebung statt, die vom Sport- und Gesangverein organisiert wurde. Etwa 1000 Memeldeutsche, Männer und Frauen jeden Alters, waren aus der Umgebung des Kirchortes zusammengetrommt. Sie kamen alle, wie sie ihre Arbeitsplätze verlassen hatten, um bei dieser Kundgebung sich nach langen Jahren zum ersten Male öffentlich zum deutschen Volkstum bekennen zu können.

Unter Teilnahme aller Vereine mit ihren Fahnen stand um acht Uhr ein langer Marschblock nahegetreten, und es erscholl das erste Kommando: „Stillestanden!“ Die Fahnen hoch! Die Freunde kam dann in nicht endenwollenden Heilrufen zum Ausdruck. Wie ein Magnet erscholl darauf der Kernspruch: „Steh fest, zitter nicht, halte die Fahne im Angesicht!“

Unter Vorantritt der Fahnen bewegte sich der Fackelzug durch den Ort. Marschlieder erschollen. Sprechchöre bildeten sich, aber niemand konnte die Gefühle wirklich in Worte fassen. Der Fackelzug endete auf dem Marktplatz, wo von den Fackeln ein großer Scheiterhaufen entzündet wurde. In einem großen Kreis stand alt und jung mit leuchtenden Augen um das gen Himmel lodernde Feuer. Dann hielt der Vorsitzende des Sportvereins eine kurze Ansprache. Er wies auf die historische Bedeutung

„Wunderdoktor Neumann...“

Englische Blätter über die Lage im Memelgebiet

Memel, 4. November.

Es gab Zeiten, wo wir mit großer Aufmerksamkeit die ausländische Presse daraufhin verfolgten, was sie über das Memelgebiet brachte. Damals nämlich, als wir immer wieder darum kämpften, die Signatarmächte möchten sich endlich einmal um die Zustände im Memelgebiet kümmern.

Heute ist das anders geworden. Wenn heute, nach zwölf Jahren, endlich der Kriegszustand gefallen ist, dann ist das nicht das Verdienst der Signatarmächte. Darum scheint uns auch das, was etwa englische und französische Zeitungen über das Memelgebiet schreiben, nicht unbedingt bedeutungsvoll zu sein. Immerhin ist es ganz interessant, einmal zu lesen, was man so draußen in der Welt über uns schreibt. Wie dabei Wahres und Falsches eine seltsame Mischung eingehen können, das zeigen die weiter unten veröffentlichten Meldungen und Artikel aus großen englischen Blättern. Manche Stellen werden dem Leser ein Schmunzeln entlocken, manchmal vielleicht auch ein bescheidenes Lachen. Und das allein ist es schon wert, diese Aufzählungen — in der Uebersetzung unseres Londoner Korrespondenten Dr. Wehner — zu veröffentlichen.

Wir bringen im folgenden einige Auslassungen der konservativen „Sunday Times“ und des sozialistischen „Daily Herald“; den Beschluß macht ein langer Artikel des Sonntagsblattes „Sunday Re-

view“, überschrieben „Europas neuer Gefahrenherd“.

„Sunday Times“ (konservativ) in einem längeren Bericht über „Deutschland und Danzig“ vom 2. Oktober 1938 (letzter Abh.). Von dem Berliner Korrespondenten dieses Blattes: „Die Frage Memel — noch eine Stadt, die Deutschland durch den Versailler Vertrag verlor — wurde ebenfalls während der Münchener Vier-Mächte-Besprechungen mit und unter führenden Nazis besprochen. Auch hier erklärten die Nazis, daß sie nicht daran glauben, daß Memel Deutschland für immer verloren gegangen sei, sondern daß im Laufe der Zeit Mittel und Wege gefunden werden würden, um mit Litauen wegen der Rückgabe dieser Stadt zu verhandeln.“

Memel ist ein Hafen an der Ostsee. Die Einwohner sind in der Hauptsache Deutsche. Die Stadt wurde Deutschland von den Verbündeten abgenommen und in den Völkerbund überführt. Im Jahre 1923 bemächtigte sich die litauische Regierung ihrer mit Gewalt und zwang die dort für den Völkerbund stationierte Garnison zur Ueber-

Freuetkundgebung in Dt. Cröttlingen

Auch die Bewohner von Dt. Cröttlingen ließen es sich nicht nehmen, die Aushebung des Kriegszustandes durch eine kraftvolle Kundgebung zu feiern. Am Dienstag, abends 8 Uhr, versammelten sich in Dt. Cröttlingen zahlreiche Volksgenossen mit Fackeln. Nach dem Geläute der Glocken sang die Menge das Niederländische Dankgebet. Präzident Meyer hielt dann eine Ansprache, in der er zunächst der Opfer für den Freiheitskampf gedachte. Das Andenken von Johannes Schirrmann ehrte die Versammlung durch stilles Schweigen.

Der Redner führte dann weiter aus, daß der Dank für dieses große Ereignis dem wiedererstarkten Deutschland gebührt und daß es nun nicht mehr möglich ist, daß die Volksdeutschen im Auslande gequält und getreten werden können. Ein festes Zusammenhalten wird uns zur Erfüllung aller im Statut verbrieften Rechte führen. Die Menge sang dann „Wir tragen das Vaterland in unseren Herzen.“ Darauf ertönte es von einem Sprecher: „Nichts kann uns rauben Liebe und Glauben zu diesem Land.“ Vor dem Umzug erklang der erhebende Sang: „Nur der Freiheit gehört unser Leben.“ Eindrucksvoll war dann der Fackelzug durch den illuminierten Ort; kraftvolle Marschlieder erklangen. Am Ausgangspunkt formierte sich die Menge, und Präzident Meyer gedachte dann der Bedeutung Luthers, dessen Gedenken der 31. Oktober galt. Er erwähnte, im unbeugsamen und furchtlosen Geiste Luthers den Kampf um die Heimat zu Ende zu führen. Erhebend klang dieser Appell im alten Lutherliede aus: „Ein feste Burg ist unser Gott“. Kamerad Dölke erwähnte zum Schluß, auch weiterhin Befonnenheit und Disziplin zu bewahren, da Ausschreitungen nur unserer guten Sache schaden könnten. Mit dem Heimatliede „Wo der Haffes Welle trede an den Strand“ schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Formell haben wir daher einen Anteil an der Frage. Wenn wir vorhaben, uns damit zu befassen, so sollten wir das zeitig tun, bevor die Möglichkeit einer vernunftgemäßen Regelung verschwunden ist.“

Deutschlands Ziel in Memel. „Daily Herald“, 27. 10. 38. Von dem diplomatischen Korrespondenten des Blattes:

„Berichte, die in Warschau in Umlauf sind — nämlich, daß Deutschland einen deutsch-litauischen Nichtangriffspakt und wirtschaftliche Zusammenarbeit angeboten bzw. verlangt habe — sind völlig grundlos, wie ich aus bester Quelle vernehme. Auch wurde von Berlin keinerlei Forderung gestellt, daß Memel in eine freie Stadt nach dem Muster Danzigs zu verwandelt sei. Die deutsche Regierung richtet vielmehr ihr Augenmerk, wie schon von jeher seit 1926, auf die zwischen der litauischen Regierung und dem Direktorium des Memelgebiets sowie dem Landtag bestehenden Meinungsverschiedenheiten. Aber bis jetzt wenigstens sind keine „Forderungen“ gestellt worden.“

Die im Augenblick hervorsteckendsten Fragen sind folgende:

1. Ob die vorgeschlagenen litauischen Sicherheitsgesetze auf das Memelgebiet Anwendung finden können, ohne daß das Statut beeinträchtigt wird, das dem Memelgebiet seine Autonomie unter litauischer Oberhoheit garantiert. 2. Ob der litauische Gouverneur Memels innerhalb der ihm zustehenden Rechte gehandelt hat, als er sein Veto gegen Gesetze, die der Memeler Landtag verabschiedet hatte, einlegte; diese Gesetze verboten die Zulassung litauischer Arbeiter, solange unter der örtlichen Bevölkerung noch eine starke Arbeitslosigkeit herrsche.

Die deutschen Führer hielten (nach „Reuter“-Meldungen) überaus heftige Reden auf einer Protestversammlung des Landtags gestern abend. Nach Beendigung der Sitzung bearbeitete eine nach Tausenden zählende Volksmenge den deutschen Generalkonful mit Aufen: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“ Man hörte ferner „Sieg Heil!“ und „Juden raus!“ (Ueber diese Sitzung heißt den sich anschließenden Kundgebungen trachten läumliche

gabe. Seitdem blieb das Land unter litauischer Oberhoheit.

Was denkt also die britische Regierung zu tun, falls ein Anspruch auf Memel erhoben wird? Während der verflochtenen Krise wurde von breiten Kreisen sehr weise erklärt, daß wir niemals wieder eine Krise sich bis zur ersten Stunde hinstrecken lassen dürfen, sondern daß wir im voraus die einzuschlagende Politik überdenken sollen, früh mit Verhandlungen zu beginnen und den Versuch zu machen hätten, eine Einigung in einer friedfertigen Atmosphäre zu erzielen.

Nun kann ja die britische Regierung, wenn sie das will, beschließen, daß sie sich für Memel „nicht interessiert“, daß Großbritannien dort keine Verbindlichkeiten besitzt und daß wir damit von Anfang bis Ende nichts zu tun haben wollen.

Oder sie kann den Entschluß fassen, daß jeder Konflikt in Europa eine britische Verbindlichkeit bedeutet und daß der Friede nicht gut erhalten werden kann, ohne daß mit allgemeiner Zustimmung der Grundhaft angenommen wird, daß alle ausstehenden Forderungen zur Beilegung vor ein friedliches Tribunal gebracht werden.

Wegen des Memellandes mag diese Frage nicht auftauchen. Sie kann rasch zwischen Deutschland und Litauen beigelegt werden. Aber genau die gleiche Fragestellung muß sich einmal anderwärts in Europa ergeben.

Wie muß die britische Regierungspolitik aussehen? War es doch niemals so zutreffend, daß keine auswärtige Politik sich ins Recht zu setzen vermag, die nicht von Grund auf klar war.“

Memel-Nazis erhalten Versprechen: „Freiheit im kommenden Sommer.“ „Daily Herald“ (Arbeiterpartei), 25. 10. 38. Auf der ersten Seite aufgemacht. Von dem eigenen Korrespondenten des Blattes aus Danzig:

„Die memelländischen Nazis haben, den Rat Berliner Gesandte befolgend, beschloffen, der litauischen Regierung eine Reihe weitgehender Forderungen vorzulegen. Diese Entschliebung wurde gestern in Königsberg, der Hauptstadt Ostpreußens, gefaßt; man fürchtet, daß sie den ersten Schritt zu einem Feldzug für die Abtretung des Memellandes an Deutschland bedeutet. Denn es wurde dem Memel-Nazis von Konferenztteilnehmern aus dem Nazi-Hauptquartier in Berlin versprochen, daß sie bis zum nächsten Sommer ihre Freiheit erlangen würden.“

Die Forderungen, die der litauischen Regierung durch Dr. Neumann, den „Herausgeber Memels“, vorgelegt werden sollen, haben eine starke Ähnlichkeit mit den acht Karlsbader Punkten des sudetendeutschen Führers:

Sie lauten: 1. Berufung eines Deutschen an die Spitze der Memel-Regierung. 2. Einführung des deutschen Justizwesens mit Einschluß der Nürnbergberger Hofgerichtsbank. 3. Anklage der völligen Freiheit des Zusammenschlusses für die deutschen politischen Parteien. 4. Selbstregierung für die deutsche Bevölkerung.

Das Memelland, dessen Umfang 850 Quadratmeilen beträgt, wurde Deutschland unter dem Versailler Vertrag abgenommen. Während die Alliierten noch über seine Zukunft berieten, wurde es 1923 von dem neugebildeten Staat Litauen besetzt. Später wurde diese Einverleibung anerkannt, jedoch mit der Einschränkung, daß Memel einen bestimmten Grad von Autonomie bewahren sollte. Das Memelland stand seit 1934, als eine Naziverchwörung zum Umsturz der Regierung und zur Rückkehr des Territoriums zu Deutschland entdeckt wurde, so gut wie unter Kriegszustand.

Die litauische Regierung, heißt es, berät im Augenblick neue Maßnahmen zur Lage.“

„Und jetzt Memel.“ Hierzu im gleichen Blatt auf der Leitartikel-Spalte:

„Die litauische Regierung hat eine Vier-Punkte-Forderung nach Selbstregierung von den Nazis Memels, der von Litauen 1923 mit Waffengewalt besetzten Stadt, erhalten. Es bedarf heutzutage keiner langen Abhandlung, um die Bedeutung einer Forderung nach Selbstregierung in einem Lande, das früher einmal deutsch war, darzulegen. Wie die Dinge liegen, ist Großbritannien Signatarstaat des Statuts, das die litauische Oberhoheit über Memel anerkennt und eine örtliche Autonomie vorsieht. Vor zwei Jahren warnte die britische Regierung Litauen, daß es das volle Statut achten sollte.“

Formell haben wir daher einen Anteil an der Frage. Wenn wir vorhaben, uns damit zu befassen, so sollten wir das zeitig tun, bevor die Möglichkeit einer vernunftgemäßen Regelung verschwunden ist.“

Deutschlands Ziel in Memel. „Daily Herald“, 27. 10. 38. Von dem diplomatischen Korrespondenten des Blattes:

„Berichte, die in Warschau in Umlauf sind — nämlich, daß Deutschland einen deutsch-litauischen Nichtangriffspakt und wirtschaftliche Zusammenarbeit angeboten bzw. verlangt habe — sind völlig grundlos, wie ich aus bester Quelle vernehme. Auch wurde von Berlin keinerlei Forderung gestellt, daß Memel in eine freie Stadt nach dem Muster Danzigs zu verwandelt sei. Die deutsche Regierung richtet vielmehr ihr Augenmerk, wie schon von jeher seit 1926, auf die zwischen der litauischen Regierung und dem Direktorium des Memelgebiets sowie dem Landtag bestehenden Meinungsverschiedenheiten. Aber bis jetzt wenigstens sind keine „Forderungen“ gestellt worden.“

Die im Augenblick hervorsteckendsten Fragen sind folgende:

1. Ob die vorgeschlagenen litauischen Sicherheitsgesetze auf das Memelgebiet Anwendung finden können, ohne daß das Statut beeinträchtigt wird, das dem Memelgebiet seine Autonomie unter litauischer Oberhoheit garantiert. 2. Ob der litauische Gouverneur Memels innerhalb der ihm zustehenden Rechte gehandelt hat, als er sein Veto gegen Gesetze, die der Memeler Landtag verabschiedet hatte, einlegte; diese Gesetze verboten die Zulassung litauischer Arbeiter, solange unter der örtlichen Bevölkerung noch eine starke Arbeitslosigkeit herrsche.

Die deutschen Führer hielten (nach „Reuter“-Meldungen) überaus heftige Reden auf einer Protestversammlung des Landtags gestern abend. Nach Beendigung der Sitzung bearbeitete eine nach Tausenden zählende Volksmenge den deutschen Generalkonful mit Aufen: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“ Man hörte ferner „Sieg Heil!“ und „Juden raus!“ (Ueber diese Sitzung heißt den sich anschließenden Kundgebungen trachten läumliche